

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 281

Nikolaus, Dionysia – Dienstag, 6. Dezember 2011 – Nikolaus

1.30 € / B 6527 A

■ LOKALES

Viele begeisterte Teilnehmer beim Rollstuhlturnier

■ REGIONALES

Schwandorf gedenkt der vier Opfer des Neonazi-Anschlags

■ DIE SEITE DREI

Dralle Trash-Blondine Gina-Lisa will jetzt Prinzessin werden

■ WIRTSCHAFT

Kartellamt dringt auf schärfere Kontrolle der Wasserpreise

■ SPORT

Erzwungener Rückzug: IOC drängt den greisen Havelange aus dem Amt

Merkel und Sarkozy einigen sich auf Euro-Pakt

Automatische Sanktionen, Schonung der Gläubiger, keine Euro-Bonds – Deutschland und Frankreich für scharfe Regeln

Paris. (dapd/dpa) Automatische Strafen für Defizitsünder, die Schonung von Banken und das vorzuziehende Aufspannen des dauerhaften Rettungsschirms ESM: Auf dieses gemeinsame Krisenrezept haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Staatschef Nicolas Sarkozy gestern in Paris geeinigt. Für ihren Pakt, der Vertragsänderungen erfordert, wollen beide auf dem EU-Gipfel am Ende der Woche das grüne Licht zumindest aller 17 Euro-Staaten erhalten.

Der Plan werde sicherstellen, dass sich „so etwas wie jetzt nie wiederholt“, sagte Sarkozy. Einzelheiten wollen „Merkozy“, wie das deutsch-französische Duo genannt wird, morgen in einem Brief an EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy aufschreiben. Schon bis zum März soll der Vertrag ausgehandelt sein, sagte die Kanzlerin. „Wir müssen uns beeilen, wir haben nicht so viel Zeit“, sagte Sarkozy. Notfalls kommt für die beiden größten Volkswirtschaften der Euro-Zone auch ein Alleingang der 17 Euro-Länder infrage.

Für ihren gemeinsamen Plan mussten beide Seiten Kompromisse machen. So kommt es nicht zu dem klaren Durchgriffsrecht der EU-Kommission, das Merkel verlangt hatte, auch wenn Regierungen künftig eine qualifizierte Mehrheit für ein Blockieren von Sanktionen brauchen. Doch schon das ist für Sarkozy ein harter Brocken, denn Frankreich muss bei einem Defizit von rund fünf Prozent auch ein Verfahren befürchten. Für ausgeglichene Haushalte soll die Einführung

von Schuldenbremsen in allen Euro-Staaten sorgen. Dass diese strikt eingehalten werden, darüber soll der Europäische Gerichtshof wachen.

Für einige Elemente des Plans müssen die europäischen Verträge geändert werden: Automatische Sanktionen sind derzeit nicht möglich. Merkel betonte, man werde nun mit dem Europäischen Parlament reden, damit dieses grünes Licht für ein einfaches Vertragsänderungsverfahren gebe – das noch 2012 abgeschlossen sein soll.

Sarkozy zog seine Forderung nach Euro-Bonds zurück. Die Kanzlerin hingegen gab nach, indem sie auf eine Beteiligung des Privatsektors an neuen Rettungsaktionen, etwa für Italien, verzichtete. Für das neue Griechenland-Paket war ein Schuldenschnitt von 50 Prozent vereinbart worden, bei dem Banken und Fonds auf 100 Milliarden Euro verzichten. „Das wird ein Einzelfall bleiben“, bekräftigte Merkel.

Der dauerhafte Rettungsschirm ESM wird von Mitte 2013 auf Ende kommenden Jahres vorgezogen. Die Entscheidungen des ESM müssen nicht mehr einstimmig fallen, sondern können auch mit einer Mehrheit von 85 Prozent der Stimmen gefällt werden, damit Einzelne „nicht den gesamten Zug aufhalten“, sagte Merkel.

Die Europäische Zentralbank (EZB) kann ihr Aufkaufprogramm von Staatsanleihen fortsetzen, ohne dass es Kritik daran aus Deutschland gibt. Mit diesem Stillhalte-Abkommen bewegte sich Merkel. Paris versagt sich zugleich jede Forderung nach einer aktiveren Rolle der EZB.

Seite 7/Wirtschaft



DIE AFGHANEN SOLLEN MINDESTENS BIS 2024 INTERNATIONALE HILFE ERHALTEN, aber nicht ohne Gegenleistung: Bei der Afghanistan-Konferenz in Bonn verpflichtete sich die Regierung in Kabul am Montag dazu, Korruptionsbekämpfung, demokratische Reformen und den Aufbau einer unabhängigen Justiz voranzutreiben. Mit einer Bonner Erklärung stellten die 85 Teilnehmerstaaten und 15 Organisationen zehn Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes die ersten Weichen für die Zeit nach dem Abzug der Nato-Kampftruppen 2014. Seite 7

Ehrenamt im Knast

Freiwillige betreuen Häftlinge im Strafvollzug der JVA Straubing

Straubing. (fra) 50 Freiwillige betreuen derzeit ehrenamtlich Gefangene in der JVA Straubing. Ihre Tätigkeit ist nicht beliebt – und doch sinnvoll, weiß Rudolf Repges, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft ehrenamtlicher Mitarbeiter im Strafvollzug Bayern. Denn gerade Langzeithäftlinge würden mit den Jahren ihre sozialen Kontakte verlieren, was eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach ihrer Entlassung erschwere. Außerdem stellt das Justizsystem für die Gefangenen oft ein Feindbild dar, sodass sie die Anweisungen der Beamten nicht oder nur widerwillig befolgen. „Die Ehrenamtlichen können als Außenstehende aber Einfluss auf die Häftlinge nehmen“, meint Repges, der selbst Gefängnisinsassen betreut. Sein Ziel ist es, Häftlinge zu resozialisieren und sie zu einem Leben in eigener Verantwortung zu motivieren.

In den vergangenen Monaten warb die Landesarbeitsgemeinschaft mit Veranstaltungen und Zei-



Während ihrer Haft in der JVA Straubing verlieren manche Häftlinge ihre sozialen Kontakte, was die Resozialisierung erschwert. (Foto: JVA/Archiv)

tungsberichten für die Betreuung im Strafvollzug. Derzeit warten 60 Häftlinge auf einen Betreuer. 15 neue Freiwillige haben sich bereits gemeldet. Weitere Interessenten können sich beim Sozialarbeiter der JVA, Frank Kagerbauer, Telefon 09421/5460, informieren. Seite 5

Steht Deutschland vor Verlust des AAA-Ratings?

Frankfurt. (dpa) Die US-Ratingagentur Standard & Poor's hat den Ausblick für Deutschland und weitere 14 Länder der Euro-Zone auf „negativ“ gesenkt. Deutschland läuft damit Gefahr, seine Topbonität „AAA“ zu verlieren. S&P begründete den Schritt am Montagabend damit, dass die Probleme in der Euro-Zone in den vergangenen Wochen ein Maß erreicht hätten, das die Zone als Ganzes unter Druck setze. Die Ratingagentur nannte auch das ihrer Meinung nach unkoordinierte und unentschlossene Handeln der Politiker als Grund.

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400

Die SPD legt sich für 2013 auf Rot-Grün fest

Gabriel bleibt mit 91,6 Prozent Chef und will seine Partei zurück an die Regierung führen

Berlin. (dpa) Sigmar Gabriel bleibt für zwei weitere Jahre SPD-Vorsitzender und will spätestens 2013 eine Neuauflage von Rot-Grün auf Bundesebene. Auf dem SPD-Parteitag in Berlin erhielt er gestern 91,6 Prozent Zustimmung – ein etwas schlechteres Ergebnis als 2009 in Dresden.

Vor seiner Wiederwahl hatte Gabriel mit einer kämpferischen Rede den Regierungsanspruch der SPD bekräftigt. „Die anderen zeigen seit zwei Jahren nur, wie man Krisen vergrößern kann“, sagte Gabriel. Der nächste Bundeskanzler müsse wieder ein Sozialdemokrat sein: „Mit den Grünen als Koalitionspartner. Damit es hier keinen Zweifel gibt.“ Die SPD will auch den Schulterchluss mit Gewerkschaften und

Kirchen suchen. Die Mitte in Deutschland müsse eine „Mitte links“ sein. Um mehr Wähler im bürgerlichen Lager zu gewinnen, müsse die SPD aber auch ihr wirtschaftspolitisches Profil schärfen. Die SPD wolle spätestens 2013 wieder die Regierung führen.

Scharf rechnete Gabriel mit Union und FDP ab. Sozialdemokratische Kanzler wie Helmut Schmidt hätten Krisen gelöst, Angela Merkel (CDU) mache das Gegenteil.

Am Abend konnte nach langen, heftigen Debatten und einer Intervention Gabriels die Parteilinke bei Milliardenforderungen zur Rente in die Schranken gewiesen werden.

Das Rennen um die Kanzlerkandidatur der Sozialdemokraten bleibt derweil offen. Die SPD werde

sich in der K-Frage nicht zerlegen, sagte der Parteichef – und lobte Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, einen seiner Konkurrenten, für die Einführung einer Schuldenbremse zum Abbau der Staatsverschuldung. Zugleich betonte der frühere Bundesumweltminister, er erkläre für sich keinen Kandidaturverzicht. Dritter Kandidat ist Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Eine Entscheidung könnte erst rund um die Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Niedersachsen fallen.

Steinbrück wird heute beim Thema Finanzen und Steuern zu den Delegierten sprechen – setzt sich die Parteilinke mit Forderungen nach einem Spitzensteuersatz von über 50 Prozent durch, könnte er als Kandidat ausscheiden, weil er dagegen ist.

Auch Gabriel warnte vor einem Versprechen bürgerlicher Wähler.

Bei den Wahlen zu Gabriels Stellvertretern wurde Aydan Özoguz zur ersten Parteivize mit türkischen Wurzeln gewählt. Die 44 Jahre alte Bundestagsabgeordnete aus Hamburg erhielt 86,8 Prozent der Stimmen. Weil im Vorstand künftig eine Migrationsquote von 15 Prozent gelten soll, war für Özoguz ein fünfter Vizeposten geschaffen worden. Ein Traumergebnis als Vize bekam Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit 97,2 Prozent. Als weitere Stellvertreter Gabriels bestätigt wurden Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Klaus Wowereit. Andrea Nahles bekam bei ihrer Wiederwahl zur Generalsekretärin 73,2 Prozent. Seite 5